

**Bürgerbeteiligung für optimierte Behörden-Prozesse und Entbürokratisierungswettbe-
werb auf allen Ebenen**

Empfehlung Nr. 20-26 / E 03176 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 24 - Feldmoching-
Hasenberg vom 19.11.2025

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19136

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 18.03.2026 (SB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Empfehlung der Bürgerversammlung des 24. Stadtbezirks Feldmoching-Hasenberg vom 19.11.2025
Inhalt	Darstellung der bereits laufenden Prozesse zur Entbürokratisierung und der Gründe, die gegen die Einführung eines Wettbewerbs sprechen; Verweis auf die Behandlung eines nahezu inhaltsgleichen Antrags.
Gesamtkosten / Gesamterlöse	-
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Entscheidungs- vorschlag	Dem Antrag wird nicht entsprochen
Gesucht werden kann im RIS auch unter	Entbürokratisierung Entbürokratisierungswettbewerb.
Ortsangabe	-/-

Bürgerbeteiligung für optimierte Behörden-Prozesse und Entbürokratisierungswettbewerb auf allen Ebenen

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19136

1 Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 18.03.2026 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirks 24 Feldmoching-Hasenberg hat am 19.11.2025 die als Anlage 1 beigefügte Bürgerversammlungsempfehlung Nr. 20-26 / E03176 beschlossen.

In der Empfehlung spricht sich die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 24 für Folgendes aus:

„(Pflicht-) Beteiligung zur Bürgerbeteiligung für optimierte Behörden- Prozesse + Entbürokratisierungswettbewerb auf allen Ebenen (Bürgerausschüsse / Gemeinde Stadtrat, (Land-/Bundestag) Entbürokratisierungswettbewerb für Bürgervorschläge starten; beste Anträge werden finanziell bewertet & Bürger erhält bspw. 10% der Einsparungssumme des 1. Jahres (--> ExpertenKommission)

Antrag wird in Kooperation mit Verwaltungs- Fachstellen konkretisiert“

In der Bürgerversammlung desselben Stadtbezirks wurde bereits am 20.11.2024 eine weitgehend wortgleiche Empfehlung beschlossen (20-26 / E02417), die in der Sitzung des VPA vom 01.10.2025 behandelt wurde (20-26 / V 17081). In der damaligen Vorlage wurde ausgeführt:

„Die Bürgerversammlungsempfehlung, die sehr offen formuliert ist, regt einen „Entbürokratisierungswettbewerb“ an und spricht stichpunktartig folgende Aspekte an:

- auf allen Ebenen (Bürgerversammlung, Stadtrat, ...)
- Bürgervorschläge
- beste Anträge werden finanziell bewertet
- Bürger erhält 10% der Einsparsumme
- (--> Experten-Kommission)

Um einen solchen Wettbewerb durchführen zu können, müssten diese Eckpunkte konkretisiert und in einem Konzept ausgearbeitet werden. Es müssten neue Strukturen aufgebaut und Prozesse etabliert werden, beispielsweise für die Bewerbung des Wettbewerbs sowie die Durchführung, Bewertung, Umsetzung und die Prämierung.

Die Landeshauptstadt München verändert sich laufend und passt ihre Prozesse, Dienstleistungen und Angebote stetig an die Bedarfe an und realisiert dabei regelmäßig soweit möglich den Abbau von Bürokratie und die Vereinfachung von Verfahren. Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie konnten inzwischen zahlreiche bürgernahe Verwaltungsverfahren digitalisiert werden, so dass viele Behördengänge entfallen, Anträge online gestellt und schneller bearbeitet werden.

Bürgerinnen und Bürger haben schon jetzt zahlreiche Möglichkeiten, sich mit Ideen und Vorschlägen an die Stadtverwaltung zu wenden, sei es durch die klassischen Kommunikationswege mit den zuständigen Referaten oder auch über die Bürgerberatung des Oberbürgermeisters. Themenspezifische Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren bieten den Bürger*innen die Möglichkeit, die eigenen Erfahrungen und Expertise in kommunale Planungsprozesse einfließen zu lassen.

Alle eingehenden Meldungen werden über die bewährten Prozesse von den zuständigen Stellen geprüft, bearbeitet und beantwortet. Dafür bedarf es keiner zusätzlichen, neuen Strukturen, die einen Wettbewerb durchführen.

Letztendlich sollte auch eine Geldprämie nicht das ausschlaggebende Argument dafür sein, dass die Stadtgesellschaft und die Stadtverwaltung ihr „Miteinander“ gemeinsam weiterentwickeln und optimieren.“

Der Freistaat Bayern plant in Kürze ein Modernisierungsgesetz zu verabschieden, welches es Kommunen mit Hilfe einer Experimentierklausel ermöglichen soll, auf Antrag vorübergehend landesrechtliche Regelungen auszusetzen und so schnellere Verfahren mit weniger Bürokratie zu erproben. Sobald ein Gesetzentwurf vorliegt und die Rahmenbedingungen bekannt sind, werden die Referate prüfen, in welchen Bereichen die Stadt von der Möglichkeit Gebrauch machen kann, um weitere Beiträge zur Vereinfachung und Entbürokratisierung zu leisten.

Es wird vorgeschlagen, der Empfehlung aus der Bürgerversammlung vor diesem Hintergrund erneut nicht zu entsprechen.

Der Empfehlung einer Bürgerversammlung wird entsprochen:		
☐ ja	☒ nein	☐ teilweise

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Verwaltungsbeirätin der Abteilung Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, Frau Stadträtin Stöhr, hat einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Es wird kein Entbürokratisierungswettbewerb ausgelobt.
2. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 03176 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 24 - Feldmoching-Hasenberg ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium D-I-ZV-SG1

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An D-II-BA
z. K.

Am